



Ostermarsch 2026 - Station 2

Nein zur Militarisierung des Gesundheitswesens! „Wir werden euch nicht helfen können“ - So heißt eine Kampagne der IPPNW (Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkriegs/Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V.) - Ich zitiere im Folgenden daraus:

Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit ist am 1. Jan. 2025 der „Operationsplan Deutschland“ in Kraft getreten - erarbeitet unter Federführung der Bundeswehr und des Verteidigungsministeriums. Er legt die zivilen Unterstützungsleistungen für das Militär im Fall der Landes- und Bündnisverteidigung fest. Alle Bereiche der Gesellschaft sollen auf die Bedürfnisse des Militärs und die Erfordernisse der Kriegführung ausgerichtet werden.

Das Gesundheitswesen rückt dabei zunehmend in den Fokus militärischer Planungen. Laut aktuellen Militärszenarien würde Deutschland in einem Krieg mit Russland Aufmarsch- und Durchzugsgebiet von NATO-Militär werden, mit bis zu 1.000 verletzten Soldat*innen täglich über Jahre hinweg. Die 1.800 Betten in den Bundeswehrkrankenhäusern wären nach 2 Tagen belegt. Das zivile Gesundheitssystem müsste einen erheblichen Teil seiner räumlichen und personellen Ressourcen dem Militär zur Verfügung stellen. Militär hat Vorrang vor Zivil. Im Kriegsfall würden automatisch Notstandsgesetze in Kraft treten, die weitreichende Grundrechteeinschränkungen auch im Gesundheitswesen möglich machen.

Bereits 1980/81 gab es den Versuch, die zivile Katastrophenhilfe und die Kriegsmedizin zusammenzuführen. Dies scheiterte jedoch an dem massiven Protest der Ärztinnen und Ärzte. Die „Frankfurter Erklärung“ von 1982 trug dazu bei, dass das Gesundheitssicherstellungsgesetz nicht verabschiedet wurde. Aus dieser Zeit stammt der Slogan „Wir werden euch nicht helfen können“ und ist mit der derzeitigen Debatte um Kriegstüchtigkeit wieder aktuell geworden. Ein neues sogenanntes „Gesundheitssicherstellungsgesetz“ ist in Planung. Die IPPNW hat daher die eingangs genannte Kampagne gestartet. Die Erklärung für ein ziviles Gesundheitswesen wendet sich an alle Beschäftigten aus Gesundheitsberufen und ist angelehnt an die Frankfurter Erklärung von 1982. (sie kann online unterzeichnet werden)

Es ist eine Illusion, ein Gesundheitswesen ausreichend für eine Kriegssituation vorbereiten zu können. Ein Krieg in Mitteleuropa ist nicht zu bewältigen. Die zentrale Lage Deutschlands mit zahlreichen militärischen Zielen (auch US-amerikanischen Militärstützpunkten), Atomwaffen in Büchel, dichter Besiedlung und Industrie, sowie Atomkraftwerken in den Nachbarländern hat zur Folge, dass Deutschland militärisch nicht zu verteidigen ist.

Als Gesundheitsfachkräften sind uns die gesundheitlichen Folgen von Krieg bewusst, auch ohne den Einsatz von Atomwaffen. Aus dem zweiten Weltkrieg kennen wir die Bilder von zerfetzten Soldaten, von hungernden, an Infektionen sterbenden Kindern. Es sind psychische Traumata, die über Generationen hinweg weitergegeben werden. Das Szenario „Atomkrieg“ wird in fast allen Papieren zum Zivilschutz weitgehend ausgeklammert. Dabei stellt allein die Zahl der Verbrennungspatienten ein großes Versorgungsproblem dar. In den von der Strahlenschutzkommission erarbeiteten Empfehlungen rechnen die Experten mit bis zu mehreren 100.000 Betroffenen, bundesweit aber stehen nur 170 Betten für schwere Verbrennungen zur Verfügung.

Wenn Militärs darüber reden, das Gesundheitswesen „resilient“ zu machen, wird der Eindruck vermittelt, dass ein Krieg beherrschbar oder gar gewinnbar sei. Die Diskussion über die zivil-militärische Zusammenarbeit läuft z.Z. in ärztlichen Gremien auf Hochtouren. So soll in Köln im Rahmen eines Klinikneubaus ein riesiges unterirdisches Krankenhaus entstehen. In Berlin wurde ein streng vertrauliches Papier erarbeitet, der „Rahmenplan Zivile Verteidigung Krankenhäuser Berlin“. Im Ernstfall müssen Kapazitäten für verwundete Soldat*innen geschaffen und zivile Patienten entlassen werden. Soldat*innen würden bevorzugt versorgt, um sie schnell wiedereinsatzfähig zu machen. Diese sogenannte „Reverse Triage“ würde eine grundlegende Umkehr der ethischen Prinzipien der Medizin bedeuten.

Schon in der Vorbereitungsphase werden zivile Ressourcen verbraucht, was eine Reduzierung des Angebots in der Regelversorgung von Patienten bedeutet. Jede Vorbereitungsmaßnahme für Krieg, fördert indirekt die Bereitschaft, sich auf etwas einzustellen, was um jeden Preis verhindert werden muss.

Die einzige Möglichkeit, Leid und Tod zu verhindern, ist die Sicherung von Frieden.

Daher setzt sich die IPPNW entschieden gegen eine Militarisierung des Gesundheitswesens ein. Das Gesundheitswesen darf nicht der Logik und der Befehlsgewalt der Bundeswehr unterworfen werden, sondern muss zivil bleiben.